

Adorfer Wochenblatt.

Mittheilungen

über örtliche und vaterländische Angelegenheiten.

Fünfzehnter Jahrgang.

Preis für den Jahrgang bei Bestellung von der Post: 1 Thaler, bei Bestellung des Blattes durch Botengelegenheit
22 Ngr. 5 Pf.

N^o 48.

Mittwoch, 27. November

1850.

Dresden, den 22. November. Es ist heute Bußtag im Königreich Sachsen. Dies erinnert uns an den politischen Bußtag, der für ganz Deutschland herangekommen ist. Wohl hat das deutsche Volk Buße zu thun für manche Verirrungen und Ueberstürzungen der letzten Jahre; und mancher Vernünftige, der sich in unbewachter Stunde hinreißen ließ von dem Strome des Unverständes und dann gegen seinen Willen immer weiter und weiter getrieben wurde, — hat sie auch schon gethan im stillen heimlichen Kämmerlein. Aber eine aufrichtige Reue und thatkräftige Besserung zu befördern, sind wahrlich die anfertigen Bußprediger, die allenthalben jetzt das deutsche Land durchziehen, am allerwenigsten geeignet. Thut Buße! rufen Sie, denn das Himmelreich ist nahe herbeigekommen. Unter dem „Himmelreich“ aber verstehen sie — den alten Bundestag, das Wiederaufleben ihrer Privilegien, den Wiederaufschwung der päpstlichen Hierarchie, die Rückkehr der alten Zustände überhaupt, kurz Alles, worin das deutsche Volk nichts weniger als ein Himmelreich erblicken kann.

Und sie befehlen Niemanden! Denn ob auch Viele ihren Bußpredigten nicht widersprechen (widerspricht man doch auch dem Pfarrer auf der Kanzel nicht), ja ob auch Manche aus Furcht oder Egoismus befehrt sich stellen, im Grund des Herzens ist es — Niemand.

Desto offnere Ohren und gläubigere Herzen finden leider! diese Bußprediger bei den meisten Lenkern der Staaten. Diese bereuen — und bereuen aufrichtig — was Sie in den letzten Jahren gethan und nehmen bußfertig Alles zurück, das Gute wie das Schlimme; — dem unverständigen Haushalter gleich, der — weil er Unkraut unter seinem Weizen erblickt — den ganzen Acker umackert, unbekümmert darum, daß er sich und die Seinigen um die Ernte bringt. Und siehe da! anderes Unkraut kommt und macht nun allein sich breit auf dem preisgegebenen Boden! —

Auch unter den Ständen Deutschlands sehen wir manche Büßende. Sie verschlucken theils freiwillig, theils auf Befehl die Wechsel, die sie selbst auf die Zukunft ausgestellt haben, und man weiß nicht, ob man weinen oder lachen soll über die Grimassen, mit

denen einzelne Verstockte diese unliebsame Berrichtung ihrer Verdauungswerkzeuge zu begleiten pflegen.

Wohl! die Wechsel waren verfälscht, verfälscht durch unverständige Abnehmer und nichtswürdige Giranten. Vergesse man nur nicht, daß durch Vernichtung des Wechsels die ursprüngliche Schuld nicht bezahlt wird, vergesse man nicht, daß jeder ehrliche Schuldner die wirkliche Schuld bezahlt, auch wenn er nicht durch Wechselhaft dazu genöthigt werden kann. Reine Reue ohne — Besserung!!!

Dresden, den 23. November. Den Bußpredigern, von denen wir gestern sprachen, gesellen sich mit gleicher Anmaßung die Friedensprediger bei, die Alles verdächtigen, was in ihr salbungreiches Geschrei: „Frieden um jeden Preis!“ nicht ohne Vorbehalt einstimmt. Denn was hilft es Frieden zu predigen, wo doch kein Friede ist? Oder ist etwa überall Frieden zwischen Deutschlands Völkern und Regierungen? Ist etwa Frieden zwischen Preußen und Oesterreich? Ist etwa Frieden zwischen den kleineren Staaten? Was nützt es die Wunde nicht sehen zu wollen, während man doch ihren Schmerz fühlt und das Gift darin immer weiter frißt? Wahrlich, auch wir wollen nicht „Krieg um jeden Preis!“ denn — wie Dahlmann in einem Briefe an die constit. Zeitung mit Recht sagt — der wäre ein Verbrecher oder ein Wahnsinniger, der den Krieg wünschte, wenn er auf friedlichem Wege dasselbe erreichen kann. Aber zwischen „Krieg um jeden Preis“ und „Frieden um jeden Preis“ liegt noch ein breiter Mittelweg, den wir auch hier betreten wissen wollen. Wir wollen, daß der stille Krieg endlich einmal aufhöre und einem ehrlichen dauerhaften Frieden Platz mache, wir wollen, daß man den täuschenden Verband endlich einmal abreiße und dem Uebel auf dem Grund gehe; wir wollen, daß man die kostspieligen Zugpflaster nicht bloß anschaffe, sondern daß man sie anwende, wenn sich nun einmal das Gift auf andere Weise nicht aus der Wunde entfernen läßt; wir wollen mit einem Worte eine gründliche Heilung unserer Zustände, ehe die Wunde faul und unheilbar wird, oder ein unberufener Arzt unsere Schmerzen vergrößert. — — —

Wenn man uns aber fragt, was wir unter dem Gifte verstehen, dessen Beseitigung wir wünschen, so antworten wir: das Gift des Absolutismus und des Sonderinteresses. Nicht darum handelt es sich in Deutschland, ob Preußen herrschen soll oder Oesterreich? sondern darum: die festgewurzelte traurige Ueberzeugung zu beseitigen, als sei in Verfassungssachen keine Gerechtigkeit mehr zu erlangen, als würden alle Fragen dieser Art nur nach österreichischen und russischen Einflüssen entschieden.

In dieser Ueberzeugung liegt — wie Dahlmann in seinem obangezogenen Briefe sehr richtig bemerkt — die tiefe Verwundung der deutschen Volks- und Staatsehre, und gerade jetzt — (wir lassen nun Dahlmann selbst reden) — gerade jetzt treten abermals zwei Herz und Nieren prüfende Fälle ein. Die Schleswig-Holsteiner haben, um ihr besseres Selbst zu retten, endlich zu den Waffen gegriffen. Mag einer noch so erfüllt von der göttlichen Einsetzung der Fürsten sein, den will ich noch sehen, der mir beweist, daß der böse Feind die Völker eingesezt hat; wenn aber er nicht, wer denn sonst? Auch ward die Gerechtigkeit der Schleswig-holsteinischen Sache von der preussischen Regierung anerkannt und mit der That der Waffen unterstützt; hernach aber hat dieselbe Regierung ihre Hand zurückgezogen und durch einen Frieden mit Dänemark den andern deutschen Regierungen den Weg gebahnt, ein Gleiches zu thun. Schleswig-Holstein ist seitdem seinen eigenen Kräften überlassen, und wäre, wie die Welt einmal steht, auch zufrieden, wenn man es sich selbst überlasse; nun aber begehren Oesterreich und Rußland, es solle durch deutsche Kräfte unter das Joch von Dänemark zurückgeführt werden. Gleichwohl steht fest, daß durch den Frieden vom 2. Juli d. J. noch kein Recht der Herzogthümer vergeben ist, wie das auch nicht geschehen durfte; ferner: die Schleswig-Holsteiner erkennen in dem König von Dänemark ihren Herzog an, sie sind willig, in die alten Unionsverträge wieder einzutreten und große materielle Opfer zu bringen; ferner: Dänemark selbst wird seit 1849 nicht mehr unumschränkt beherrscht, und der König-Herzog tritt schon dadurch den Deutschen näher, deren natürliche Freunde durch Volksart und Landesbelegenheit die Dänen sind. Alles ließe sich mithin auf dem Grunde der Gleichstellung durch freundliche Dazwischenkunft schlichten. — Aber nein, die Völker haben kein Recht auf ihre Rechte; Oesterreich und Rußland begehren unbedingte Unterwerfung. Die edle Mäßigung der Statthalterschaft, der Heldenmuth der Kämpfer, dem ganz Deutschland Bewunderung zollt, selbst die unermüdliche Kraft christlicher Duldung im Volke so vielem Phrasen-Christenthum der Zeit gegenüber, sind nur eben so viele Verbrechen mehr; es ist der Teufel der Revolution, der sich in das Kleid menschlicher Tugend hüllt. An der andern Seite stehen die Kurhessen. Ein Phrasenmacher vom Christenthum, aber von allen weltlichen Leidenschaften zerfleischt, bringt diesen altherwürdigen Stamm an den Rand des Abgrunds, indem er die Volksvertretung einer Steuerverweigerung beschuldigt, die gar

nicht stattgefunden hat. Mag nun Einer von dem Eide des Herres auf die Verfassung denken, wie er wolle (für den Nachdenkenden werden die Konflikte, die das Leben bringt, weder durch den Eid, noch durch seine Abwesenheit gelöst), gewiß ist, daß die Pflichttreue der kurhessischen Offiziere die scharf gezogene Linie der Verfassung mit peinlicher Sorgfalt einhält. Allein auch das darf ihnen nicht zu Statuten kommen, denn Pflichttreue ist allein in der blinden Unterwerfung unter den landesherrlichen Willen zu finden; den Eid, der das verbietet, brechen, ist Pflichttreue. Es ist nicht anders, denn Oesterreich gebietet es; Deutschland soll auch die Kurhessen zur Unterwerfung zwingen, soll sich mit seiner linken Hand seine rechte Hand) so nenne ich seine edelsten Stämme) abhauen.

Was habe ich noch zu sagen? — schließt Dahlmann — Wenn die Schleswig-Holsteiner und die Kurhessen dem Verderben überliefert werden und Preußen, was der Himmel gnädig verhüte, dem zusieht, so wird eben damit erklärt, daß keine, auch beschworene, deutsche Staatsverfassung eine andere Verbürgung habe, als die Willkür des jedesmaligen Herrschers — und das deutsche Volk weiß, woran es ist. Diesmal findet kein Irrthum, keine Beschönigung irgend statt. Redlichkeit und Ueberzeugungstreue werden der nimmerfattten Bier nach Unumschränktheit zum Opfer gebracht.

Und die Folgen? Lassen Sie mich immerhin wiederholen, was ich in finsterner Ahnung schon vorig Jahr an einem andern Orte aussprach: „Ich rühme mich keiner Prophetengabe, allein ich spreche ohne Scheu aus, was mein inneres Gemüth mir sagt: Sollte diese große Bewegung an dem Uebermuth der kleinen Fürsten scheitern, und das Heil unseres Volkes sich noch einmal zur Nebensache verflüchtigen, so hemmt, wenn es abermals fluthet, kein Damm die wilden Gewässer mehr, und der Wanderer wird die Reste der alten deutschen Monarchie in den Grabgewölben ihrer Dynastien aufsuchen müssen.“

Das aber ist es, was wir vermieden wissen wollen, gerade im Interesse unserer Fürsten vermieden wissen wollen. Wir verkennen nicht, daß eine tausendjährige Geschichte sie eng verkettet hat mit den Geschicken des Volkes und wir am wenigsten sind gemeint, Bande zu lösen, die wir im Gegentheil gern enger geknüpft sahen.

Nein, auch wir lieben unser engeres Vaterland und unsern König, und mehr vielleicht als Die, die seinen Namen täglich im Munde führen; auch wir „wollen Sachsen bleiben“, so gut wie unsere Gegner; auch wir endlich wollen unser engeres Vaterland nicht einem größeren Nachbarstaate aufopfern.

Aber was wir nicht wollen, daß ist die österreichisch-russische Politik, das ist die Politik des Absolutismus. Oesterreich muß den Absolutismus wollen; wir geben zu — zum Theil gegen seinen Willen — Preußen aber muß dieser Politik widerstreben, zum Theil vielleicht auch gegen seinen Willen. Preußen in diesem Streben zu unterstützen, das

ist — unserer Ansicht nach — die Aufgabe aller deutschen Regierungen. Nicht darum also handelt es sich, ob Sachsen in Oesterreich oder in Preußen aufgehen solle? Wir wollen keines von Beiden. Sondern: ob wir der österreichischen oder der preussischen Politik uns anschließen? Das ist die Frage.

Was bei einer Rede der Ausdruck thut, mit dem sie gesprochen wird, das zeigt sich wieder einmal recht deutlich bei der preussischen Thronrede. Bei kälterer Prüfung merkte man auch in Berlin bald, daß sie die brennenden Fragen mit großer Vorsicht umgehe, und so gehalten sei, daß sie sowohl den Kriegs- als den Friedensfreunden Hoffnung macht. Die Exekution gegen Holstein hat sie gar nicht berührt, obwohl auf diesen Punkt die Spannung des Landes, wie die Thätigkeit der Diplomaten am angestrengtesten gerichtet sind. Die „deutsche Reform“ giebt jedoch in Bezug darauf, so wie hinsichtlich Hessens die halboffizielle Erläuterung: daß „die preussische Regierung von preussischem Geiste hinreichend erfüllt sei, um, wenn es unvermeidlich sei, für Wahrheit und Recht — gegen Feinde Deutschlands und Preußens die Sturmflagge des Kriegs zu entfalten.“ Klar ist in der Thronrede nur gesagt, daß die Regierung die angeordneten Rüstungen so lange fortzusetzen und aufrecht zu halten gedenke, bis die von ihr bei der Neugestaltung Deutschlands geltend gemachten Rechte anerkannt worden sind. Welches die „Summe dieser Rechte“ ist, darüber ist Nichts gesagt und das wird eben Gegenstand der Diskussion zwischen Herrn v. Manteuffel und den Kammern werden. Die „Reform“ predigt täglich, daß sich jetzt alle Parteien vereinigen müßten. Diese Forderung ist berechtigt, nur fragt es sich, ob die Vereinigung aller innern Parteien gegen den äußern Feind auch auf das Verhältniß zu dem gegenwärtigen Ministerium auszudehnen sei oder ob nicht gerade der Standpunkt des Ministeriums außerhalb des gemeinsamen Vereinigungspunktes der Parteien liegt, ob nicht — mit einem Worte — gerade diejenigen Tendenzen, zu deren Bekämpfung sich die Parteien vereinigt haben, im Rathe der Minister eine Stütze finden.

Nach Allem, was man jetzt hört, sind — mit Ausnahme der äußersten Rechten — auch in der That alle freisinnigen Parteien entschlossen, ihre Differenzpunkte in den innern Fragen erstweilen bei Seite zu setzen und in der großen deutschen Frage gemeinschaftlich Hand in Hand zu gehen. Es beweist dies die Wahl des Präsidenten in der zweiten Kammer, wo die konstitutionelle Opposition einen entscheidenden Sieg davon getragen hat. Sämmtliche Gewählte gehören der konstitutionellen Partei an; die Gegenkandidaten der äußersten Rechten blieben in einer bedeutenden Minorität. Dieses erste Resultat ist von guter Vorbedeutung; möchte die liberale Phalanx während der ganzen Session ebenso einmüthig handeln und stimmen! Einen tiefen Eindruck machte die Antrittsrede des Grafen Schwerin; sie war gleichsam das Programm der Ma-

ajorität, das Programm des preussischen Volks. Die Kernsätze jener Rede wurden mit dem stürmischsten Beifall aufgenommen. Selbst auf der Ministerbank waren frappirte Mienen bemerkbar. Minder günstig scheint das Resultat in der ersten Kammer, wo Camphausen nur 54 Stimmen erlangte. Aber abgesehen davon, daß — wie man allgemein sagt — v. Auerswald definitiver Präsident werden wird, — gehört auch Graf Rittberg nicht zur Kreuzzeitungspartei, und man darf nicht übersehen, daß sein erstes Wort der Armee gegolten. Heute hat ein solches Wort eine andere Bedeutung als vor einem Jahre. Auch heute zwar handelt es sich wieder um einen Krieg zwischen Deutschen und Deutschen. Allein heute drohen uns noch viel ernstere Gefahren als die von einer Minorität, welche der Majorität eine nichtgewünschte Regierungsform aufdrängen wollte. Hinter den Deutschen auf der einen Seite stehen fremde, deutschfeindliche Völkerschaften. Hat die Majorität der ersten Kammer diesen Gedanken im Sinne gehabt, als sie der jetzt unter den Fahnen versammelten preussischen Armee gedachte, so wollen wir um eines einzelnen Namens willen nicht mit ihr rechten.

Herr v. Manteuffel hat sich jetzt ganz in die Arme der Kreuzzeitungs-Partei geworfen. Täglich preist diese die Verdienste des, erst von ihr geschmähten Novembermannes und hält dem Könige vor, daß er einen Mann nicht fallen lassen dürfe, der vor zwei Jahren seinen Kopf für die Monarchie eingesetzt habe. Wie die Kreuzzeitung, so sagt auch Herr v. Manteuffel bei jedesmaliger Dfferirung seines Entlassungsgesuchs, daß er kein Portefeuille wieder annehmen werde, wenn er es einmal aufgegeben. Man weiß, daß der König zwischen seiner eigenen Meinung und der des Herrn v. Manteuffel schwankt und das Gefühl der Dankbarkeit soll den Ausschlag geben. — Am meisten empört die Art und Weise, wie Herr v. Manteuffel durch seine Skribenten die Meinung zu verbreiten sucht, als ob die Warschauer Zugeständnisse noch aus dem Gouvernement des Herrn v. Radowik herrührten und als ob er dessen Erbschaft habe antreten müssen. Wir wissen aber aus zuverlässiger Quelle, daß in den, nach Warschau mitgegebenen Instruktionen weder die Auflösung der Union, noch das Interventionsrecht in Hessen und Holstein zugestanden waren. Ueberdies verlangte Herr v. Radowik im Ministerrathe vom 2. Nov., daß jene Intervention zurückzuweisen sei, und daß die Rechtsbeständigkeit der Union aufrecht erhalten werde. Darauf hin verlangte er die Mobilisation, und darauf hin, als letztere verworfen wurde, nahm er seine Entlassung.

Ueber die Scenen, die hierauf hinter den Coulissen spielten, gehen in Berlin die merkwürdigsten Gerüchte. Man läßt es sich nicht nehmen, daß der Prinz von Preußen seinen Degen zu Boden geworfen und seinen Entschluß, kein Militaircommando ferner zu führen, erst dann zurückgenommen habe, als die Mobilmachung ausgesprochen worden sei.

Ein neues Manöver der Regierungspartei besteht jetzt darin, den Leuten vor den Franzosen bange zu

möchen. So will die Kreuzzeitung nicht nur, sondern auch die Reform gewisse Nachrichten haben, daß man in Frankreich nach dem linken Rheinufer Verlangen trage, ja es soll sogar um diesen Preis zwischen Changanier und E. Napoleon eine vollständige Aussöhnung erfolgt sein. Dagegen melden die neuesten Nachrichten aus Paris, daß der preußenfeindliche Artikel des „Constitutionell“, welcher neulich dem preußenfreundlichen in der „Patrie“ folgte, jetzt von der Regierung ebenso desavouirt worden ist, als jener „indem die Regierung in keiner Weise die Verantwortlichkeit für

Angriffe auf sich nehmen könne, welche gegen die mit der Republik verbündeten Regierungen gerichtet sind.“

Auch alle übrigen Nachrichten aus Paris deuten darauf hin, daß man dort die strengste Neutralität zu halten beabsichtige, und wir begreifen nicht, wie die D. A. Z. sich hat dazu verleiten lassen können, jene Nachrichten der Reform und der Kreuzzeitung weiter zu verbreiten. Ebenso ängstigen uns diese Blätter mit russischen Truppenmärschen, die Berliner aber schreiben unter all diese Nachrichten: „Bange machen gilt nicht!“

Kirchliche Nachrichten.

Am 1. Adventsonntage predigt Vorm. Hr. P. Wimmer u. Nachm. Hr. Vikar Mehner.

Geborene: 144) Eine unehel. F. alh. 145) Joh. Karl Fuchs's, Maurers alh. S. Joh. Robert. 146) Mstr. Joh. Glieb Jahn's, Webers u. E. in Freiberg S. Glieb Louis 147) Mstr. Joh. Estian Hoier's, B. u. Zimmerm. alh. F. Estiane Emilie. 148) Mstr. Joh. Glieb Schreckenbach's, B. u. Schuhm. alh. F. Estiane Albine. 149) Joh. Aug. Dölling's, Maurers in Jugelsburg F. Ida Albine.

Beerdigte: 88) Joh. Glieb Geipel's, E. in Freiberg F. Friederike Ernestine, 3 M. 4 F.

Bekanntmachung.

Diejenigen, welche Kapital, Erb- und Wachsinsen in das hiesige Kirchenararium zu entrichten, und dieselben auf laufendes Jahr noch nicht bezahlt haben, werden hiermit an die ungesäumte Abführung derselben erinnert.

Dabei werden auch diejenigen, welche ihre Reste von frühern Jahren noch nicht abgeführt haben, hierdurch nochmals bedeutet, dieselben nunmehr längstens bis zum 5. Dezember ds. J.

zu bezahlen, indem nach Ablauf dieser Frist sofort die exekutive Beitreibung deshalb bei der Gerichtsbehörde beantragt werden wird.

Adorf, den 25. November 1850.

Der Stadtrath daselbst.
Schmidt, Bgmstr.

Bekanntmachung.

Künftigen Sonnabend, den 30. November Abends 7 Uhr:

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung im Schießhause.

Adorf, den 26. November 1850.

F. G. Wunderlich, Vorsitzender.

Ausverkauf.

Vom 1. Dezember d. J. an verkaufe ich eine Parthie Schnittwaaren zu herabgesetzten Preisen gegen baare Zahlung aus.

Als besonders billig empfehle ich gemusterten Orleans zu 6, 6½ und 7 Ngr. die lange Elle.

Adorf, den 26. November 1850.

F. A. Porst.

Zu verkaufen ist sofort ein zugbares Pferd bei Louis Gerbeth, Postbote.

Bekanntmachung.

Künftigen 1. Dezember 1850 Nachmittags von 2 Uhr an sollen in dem Vereinschulhause für Leubetha und Rebersreuth die Mobilien der verstorbenen Ehefrau des dasigen Schullehrers, als: Kleider, Betten, Wäsche etc. gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden, was andurch bekannt machen

die Erben der Verstorbenen.

Abhanden gekommener Hund.

Vergangenen Donnerstag Nachmittags ist mir ein weißes Wachtelhündchen, dunkelbraun behangen, mit starker Ruthe, auf den Namen „Mignon“ hörend und verschnitten, zwischen Adorf und der Ziegelei an der Straße nach Elster abhanden gekommen. Ich sichere hiermit demjenigen, der mir diesen Hund zurückbringt, eine Belohnung von einem Thaler zu.

Adorf, den 24. November 1850.

von Schwerdtner-Pomeiska.

Zugelaufener Hund.

Am vergangenen Donnerstag, den 21. dieses Monats, in den Nachmittagsstunden, ist meiner Frau auf der Straße nach Adorf ein Wachtelhund, männlichen Geschlechts, zugelaufen, den der Eigenthümer gegen Entrichtung der Insertionsgebühren und des Futtergeldes in Empfang nehmen kann bei

Elster, den 25. November 1850

Franz Rudert,
Restaurateur.